

**abgeschlossen am
22. September 2001**

	Seite
1. Der Congress und die Terrorangriffe auf New York und Washington	1
2. Vorschläge zur Terrorismus-Bekämpfung vorgelegt	4
3. Congress verabschiedet Hilfspaket für US-Luftfahrtgesellschaften	6
4. Wende in der Haushalts- und Steuerpolitik	7
5. Demokraten wollen bei Raketenabwehr einlenken	9
6. Senator Helms tritt nicht wieder an	10
7. Senat bestätigt neuen UN-Botschafter und Generalstabschef	11

9/2001

1. Der Congress und die Terrorangriffe auf New York und Washington

Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York City und das Verteidigungsministerium in Washington, D.C. am 11. September 2001, bei dem mehr als 6.000 Menschen ums Leben gekommen sind, hat sich der Congress ohne Wenn und Aber hinter Präsident Bush gestellt und jede erdenkliche Unterstützung bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zugesagt. „Demokraten und Republikaner werden Schulter an Schulter stehen, um gegen das Böse zu kämpfen, das diese Verbrechen gegen unsere Nation begangen hat“, brachte J. Dennis Hastert (R-Ill.), der *Speaker* des Repräsentantenhauses, die Stimmungslage im Parlament nach den monströsen Anschlägen auf den Punkt.

Entsprechend verabschiedete der Congress binnen 72 Stunden ein Hilfspaket in Höhe von 40 Mrd. USD (Victims of Terrorism Relief Act of 2001, H.R. 2884), dass zur Bergung der Opfer, zur Unterstützung ihrer Angehörigen und zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus eingesetzt werden soll. Gleichzeitig unterstrichen Demokraten und Republikaner nahezu einmütig die Notwendigkeit militärischer Schläge gegen die Verantwortlichen der Terrorangriffe und forderten Präsident Bush auf, alle notwendigen Schritte einzuleiten. Wie sehr sich das politische Klima, das in den vergangenen Monate durch eine unverhohlene Polarisierung zwischen den Parteien im Con-gress gekennzeichnet war, geändert hat, ist in den Tagen nach den Anschlägen immer wieder zum Ausdruck gekommen (vgl. CR 6-7/2001, S. 1; CR 8/2001, S. 1). Demokraten (wie John Kerry, Massachusetts, oder Dianne Feinstein, Kalifornien) und Republikaner (wie Richard Shelby, Alabama, oder John McCain, Arizona) sprachen gleichermaßen von einer „Kriegshandlung“, beziehungsweise einer „Kriegserklärung“ gegenüber den Vereinigten Staaten und forderten Präsident Bush zur militärischen Vergeltung ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Kosten auf.

Der überparteiliche Schulterschluss im Congress lässt sich mit Blick auf die jüngere Geschichte der Vereinigten Staaten noch am ehesten mit den Reaktionen auf den japanischen Angriff auf Pearl Harbor vergleichen. Mitglieder beider Parteien bemühten denn auch das Bild eines „zweiten“ Pearl Harbor bei ihrer Einschätzung der Bedrohungslage und riefen zur kompromisslosen „Verteidigung der freien Welt“ und zu energischer Führungsleistung der USA im Kampf gegen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auf.

Vor diesem Hintergrund lässt sich erklären, warum der Congress am 14. September 2001 mit 98:0 Stimmen im Senat und 420:1 Stimmen im Repräsentantenhaus eine Joint Resolution (H J Res 64), verabschiedet hat,

- in der Präsident Bush zum Einsatz amerikanischer Streitkräfte gegen die Verantwortlichen für die Terrorakte ermächtigt wird.

Unter einer Joint Resolution versteht man eine gemeinsame EntschlieÙung beider Kammern des Congress, die der Zustimmung des Präsidenten bedarf (Artikel I, Abschnitt 7 (3) der US-Verfassung).

Die Ermächtigungsresolution, die am 18. September 2001 rechtskräftig wurde (Public Law 107-40),

- betont das Recht auf Selbstverteidigung zum Schutz amerikanischer Staatsbürger;
- unterstreicht die außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die von den „Terrorangriffen“ des 11. September 2001 ausgeht;
- autorisiert den Einsatz aller notwendigen Mittel gegen jene Staaten, Organisationen oder Personen, die an der Planung, Finanzierung und Durchführung der Terrorangriffe beteiligt waren oder diesen Unterschlupf gewähren;
- stellt eine ausdrückliche Ermächtigung zum Einsatz von Streitkräften der Vereinigten Staaten im Einklang mit Abschnitt 5 (b) des Kriegsvollmachtengesetzes dar.

Mit dem Kriegsvollmachtengesetz (Public Law 93-148) bekräftigte die Legislative 1973 ihr in der Verfassung verbrieftes Recht, den Krieg zu erklären (Artikel I, Abschnitt 8 (11) US-Constitution). Danach hat der Präsident sich mit dem Congress zu beraten, bevor er Streitkräfte „in Kampfhandlungen oder in Situationen einsetzt, in denen sich eine unmittelbar bevorstehende Verwicklung in Kampfhandlungen aus den Umständen deutlich ergibt“. Ferner muss der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte die Verwicklung von US-Truppen in Kriegshandlungen binnen 48 Stunden anzeigen (Abschnitt 4a *War Powers Resolution*) und innerhalb von 60 Tagen beenden, es sei denn, der Congress hat den Krieg erklärt oder für den Einsatz der Streitkräfte „eine ausdrückliche Ermächtigung erteilt“, beziehungsweise die 60-Tage-Frist verlängert (Abschnitt 5b). Ziel war es im Lichte der Erfahrungen mit der Golf-von-Tonking-Resolution, mit der die Legislative Präsident Johnson 1964 eine Blankovollmacht zur Kriegsführung in Südostasien ausgestellt hatte, die Kriegsvollmachten des Congress zu unterstreichen und Alleingängen des Präsidenten einen Riegel vorzuschieben.

Dass der Congress Präsident Bush nun ausdrücklich mit Verweis auf Abschnitt 5b der War Powers Resolution dazu autorisiert hat, Streitkräfte einzusetzen, unterstreicht den tiefen Vergeltungswunsch, der in weiten Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit nach den Terrorangriffen vorherrscht. Lediglich die Abgeordnete Barbara Lee, eine Demokratin aus Kalifornien, stimmte am 14. September 2001 gegen die Resolution, weil sie die in der Verfassung festgelegten *checks and balances* bedroht sieht und Militäreinsätze ohne klar umrissene Ziele („open-ended action“) befürchtet.

Allerdings gab es auch unter den Befürwortern der Ermächtigungsresolution Stimmen wie die von Ike Skelton (D-Mo.), die darauf hinwiesen, dass ein Krieg gegen den Terror im Gegensatz zu einem „traditionellen Krieg“ mit einem klar auszumachenden Aggressor mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet ist. „Wir kennen den Umfang und die Reichweite der Maßnahmen nicht, die dazu erforderlich sind, um die Täter (der Terrorschläge) der Gerechtigkeit zuzuführen, und wir wissen auch nicht, wie lange es dauern wird“, so Skelton.

Auch im Außenministerium unter der Führung von General a.D. Colin Powell gibt es Vorbehalte gegen eine primär militärische Strategie der Terrorismusbekämpfung, zumal die Folgekosten für die USA in einem länger dauernden Feldzug gegen Osama bin Laden und das weltumspannende el Qaida-Terrornetzwerk, die für die Terrorangriffe unmittelbar verantwortlich gemacht werden, schwer kalkulierbar sein könnten. Powell plädiert deshalb dafür, militärische Vorgehensweisen auf ein Minimum zu beschränken und stattdessen auf diplomatische, wirtschaftliche und rechtliche Instrumente zu setzen. Dahinter steht der Gedanke, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus eine langanhaltende Auseinandersetzung erforderlich machen könnte.

Das *Senate Select Committee on Intelligence* hat in diesem Zusammenhang nach den Terrorangriffen betont, dass es sich beim internationalen Terrorismus um eine Langzeitbedrohung handelt und die Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon keinesfalls als „Kurzzeit-Phänomene“ betrachtet werden dürften. Der internationale Terrorismus, so der Geheimdienstausschuss, dürfe nicht aus einer Krisenperspektive behandelt werden, sondern sei ein Zustand, mit dem man sich langfristig auseinander zu setzen habe. „Krisenmentalitäten“ würden hier nicht weiterhelfen.

Präsident Bush hat in seinem Bericht zur Lage der Nation vor dem Congress am 20. September 2001 ebenfalls vor allzu schnellen Erfolgserwartungen im „Krieg gegen den Terrorismus“ gewarnt. Es gebe Tausende von Terroristen im Netzwerk von el Qaida in mehr als 60 Staaten. Das amerikanische Volk solle sich deshalb auf eine „langanhaltende Kampagne“ gegen den internationalen Terrorismus einstellen. Der Präsident machte neben bin Laden auch das Taliban-Regime in Afghanistan für die Terroranschläge in New York City und Washington, D.C. verantwortlich, weil es die Terroristen finanziell unterstützt und deren Ausbildungscamps im Land duldet. Er verlangte deshalb von der afghanischen Führung

- die Auslieferung aller im Land befindlichen Führer el Qaidas;
- die Schließung aller Terror-Trainingscamps;
- die Freilassung aller inhaftierten Ausländer sowie
- Schutzmaßnahmen für Journalisten, Diplomaten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen.

Bush verknüpfte mit seinen Forderungen allerdings kein direktes Ultimatum und betonte, dass der Feind Amerikas nicht die muslimische Welt ist, sondern der internationale Terrorismus. Der Präsident bewegt sich mit seinen maßvollen Äußerungen, sieht man einmal von seiner Wild-West-Rhetorik vom 17. September ab, auf einem schmalen Grat. Einerseits muss er der nach den Terrorangriffen in der amerikanischen Öffentlichkeit virulent vorhandenen Forderung nach Vergeltung Rechnung tragen. Andererseits muss er in seine Überlegungen mit einbeziehen, dass die

gesellschaftliche Unterstützung für einen Krieg gegen den Terrorismus im Zuge länger anhaltender Kampfhandlungen und damit drohender amerikanischer Verluste schnell schwinden könnte.

Die Zustimmungsraten der amerikanischen Öffentlichkeit zur Politik Bushs im Zusammenhang mit den Terroranschlägen auf New York City und Washington, D.C. sind einer Umfrage von Washington Post-ABC News vom 20. September 2001 zufolge sehr hoch. 91 Prozent der Befragten stimmen seinem Umgang mit den Terrorangriffen zu, und nur 5 Prozent äußerten Ablehnung. Gleichzeitig gaben 90 Prozent der Befragten an, dass sie militärische Schritte gegen die für die Terroranschläge verantwortlichen Gruppierungen oder Staaten unterstützen. 6 Prozent sprachen sich dagegen aus, und 4 Prozent der Befragten äußerten keine Meinung.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sich der Congress nach Bushs *State of the Union* am 20. September ein weiteres Mal voll hinter den Präsidenten gestellt hat. „Wir sind entschlossen, zusammenzuarbeiten - nicht als Demokraten oder Republikaner, sondern als Amerikaner“, so Tom Daschle (D-S.D.), der *Majority Leader* im Senat. Daschles Fraktionskollegin Dianne Feinstein (Calif.) fügte hinzu, „dass der Feind, den wir haben, auf einen so negativen Widerhall im amerikanischen Volk stoße wie wahrscheinlich niemals zuvor.“ Zehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stellt sich die amerikanische Gesellschaft auf eine neue alles überragende nationale Bedrohung ein. Ob dies dazu führen wird, dass die Öffentlichkeit die weltpolitische Führungsleistung der Vereinigten Staaten weniger streng als bisher an den damit verbundenen Kosten misst, bleibt abzuwarten.

2. Vorschläge zur Terrorismus-Bekämpfung vorgelegt

Der US-Justizminister John D. Ashcroft hat am 19. September 2001 dem Congress eine Gesetzesvorlage (*The Anti-Terrorism Act of 2001*) präsentiert, die eine Reihe von Maßnahmen zur Terrorismus-Bekämpfung zusammenfasst.

Die von Ashcroft teilweise bereits in der Woche zuvor der Öffentlichkeit vorgestellten Gesetzgebungsvorschläge sehen insbesondere vor,

- die Strafen für terroristisch motivierte Verbrechen und auch die Beteiligung an deren Vorbereitung zu erhöhen,
- die Überwachung von Telefonen und anderen elektronischen Kommunikationsmitteln (E-Mail, Internet) durch Ermittlungsbehörden zu vereinfachen,
- die Befugnisse zur Gewinnung und den Austausch von Informationen durch verschiedene Behörden auszuweiten und bestehende Hürden abzubauen,

- die Möglichkeiten der Inhaftierung und Deportation von Ausländern, die der Vorbereitung terroristischer Akte verdächtigt werden, auf Helfer auszudehnen und die verfügbaren Rechtsmittel (Information, Gerichtsanhörungen) für solche Personen einzuschränken, und
- den Zugriff auf die Finanzmittel verdächtiger Personen und Organisationen nach dem Muster der auf die Bekämpfung organisierter Kriminalität ausgerichteten Gesetzesbestimmungen zu erleichtern.

Darüber hinaus hat Ashcroft den Aufbau zusätzlicher Ermittlergruppen zur Zerschlagung der Finanzierungsnetzwerke terroristischer Organisationen sowie die Aufstockung der Zahl der *Air Marshals*, bewaffneter Flugbegleiter in Zivil, gefordert.

Zur Koordinierung und Bündelung der bisher auf mehr als 40 Behörden verteilten Programme zur Terrorabwehr und zum Schutz der Bevölkerung hat Präsident Bush zudem in seiner Ansprache zur Lage der Nation vor dem Congress am 20. September 2001 die Einrichtung eines *Office of Homeland Security* angekündigt.

Es soll von einem '*Homeland Czar*' mit Kabinettsrang geleitet werden, der nach dem Vorbild des '*Drug Czar*' zur Bekämpfung der Drogenkriminalität auch für die Entwicklung eines umfassenden Sicherheitskonzepts verantwortlich sein soll. Während die genauen Aufgaben und Kompetenzen der neuen Behörde noch nicht feststehen, hat Bush die Ernennung von Gouverneur Tom Ridge (Pa.), Vietnam-Veteran und erfahrener Politiker vom gemäßigten Flügel der Partei, als Chef der neuen Behörde in Aussicht gestellt.

Wenngleich die Administration mit schneller und breiter Zustimmung zu den meisten Vorschlägen rechnen kann, haben sich im Congress wie in der Öffentlichkeit Kritiker von beiden Seiten des politischen Spektrums zu Wort gemeldet, die vor übereilten Einschränkungen bürgerlicher Rechte und Freiheiten warnen.

Über 150 Interessenverbände von der liberalen *American Civil Liberties Union* (ACLU) über die *Electronic Frontier Foundation* (EFF), einer der IT-Industrie nahestehende Organisation, bis hin zu den konservativen *Gun Owners of America* haben den Congress gemeinsam aufgefordert, unnötige und verfassungswidrige Eingriffe in die Privatsphäre und Freiheitsrechte zu verhindern.

Kritisiert werden beispielsweise Vorschläge, Erkenntnisse ausländischer Geheimdienste und Behörden auch für die Ermittlungsarbeit in den USA zu nutzen, selbst wenn diese nach US-Recht mit illegalen Methoden gewonnen worden sind, ebenso wie die Möglichkeit der unbegrenzten Inhaftierung und der Deportation von Ausländern durch den *Immigration and Naturalization Service* (INS) beim Vorliegen bestimmter Verdachtsmomente ohne Beweisvorlage oder gerichtliche Überprüfung.

Der Vorsitzende des *Senate Judiciary Committee*, Patrick J. Leahy (D-Vt.), hat zwar der Administration zugesagt, die vorgeschlagenen Gesetzänderungen bereits in den kommenden Wochen in einem beschleunigten Verfahren zu beraten, aber zugleich

eine sorgfältige Prüfung der einzelnen Bestimmungen angekündigt. Unterstützung in diesem Vorhaben hat Leahy von führenden konservativen Republikanern wie *House Majority Leader* Richard Arme (Tx.) erhalten.

Das Justizministerium zeigt sich seinerseits offen gegenüber der Kritik. Schon die Umbenennung des zunächst als *Mobilization Against Terrorism Act* vorgestellten Maßnahmenpakets in 'Anti-Terrorismus-Gesetz 2001' deutet eine Mäßigung im Interesse einer raschen Durchsetzung an. Ebenso sollen ernsthafte Einwände aus dem Congress geprüft und eingearbeitet werden.

Eine schnelle Beratung und Verabschiedung der Gesetzesänderungen scheint angesichts der breiten Zustimmung der Öffentlichkeit zu verschärften Sicherheitsmaßnahmen damit gewährleistet.

3. Congress verabschiedet Hilfspaket für US-Luftfahrtgesellschaften

Der Congress hat am 21. September 2001 mit großen Mehrheiten in beiden Kammern ein umfassendes Hilfspaket für die durch die Terror-Anschläge in New York City und Washington, D.C. finanziell stark angeschlagenen US-Luftfahrtgesellschaften verabschiedet. Der Senat sprach sich mit 96 gegen 1 Stimme, das Repräsentantenhaus mit 356 zu 54 Stimmen für die Annahme der Gesetzesvorlage aus.

Das vorläufig auf ein Gesamtvolumen von 15 Mrd. USD veranschlagte Hilfspaket verspricht den Luftfahrtgesellschaften

- direkte Finanzhilfen in Höhe von 5 Mrd. USD, die nach einem an Sitzzahlen und Flugmeilen der Airlines orientierten Schlüssel verteilt werden sollen;
- Kreditgarantien in Höhe von 10 Mrd. USD;
- die Begrenzung der Haftungspflichten der Gesellschaften bei Terroranschlägen;
- die Übernahme der Versicherung der Luftfahrtgesellschaften gegen Terroranschläge über einen Zeitraum von 180 Tagen;
- sowie die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für die Opfer der jüngsten Anschläge.

Im Gegenzug sollen die Luftfahrtgesellschaften die Gehälter des Top-Managements auf zwei Jahre einfrieren und Kompensationszahlungen bei deren Ausscheiden begrenzen. Der Bund behält sich die Möglichkeit vor, über Beteiligungen oder Aktienoptionen im Fall einer erfolgreichen Krisenbewältigung die Ausgaben teilweise zurückzuerhalten.

Die Einrichtung des Entschädigungsfonds, der Opfern und Hinterbliebenen eine Alternative zu langwierigen Gerichtsverfahren bieten soll, könnte nach Schätzungen langfristig Ausgaben von bis zu 18 Mrd. USD zur Folge haben.

Ein erster Anlauf zur Verabschiedung eines Hilfspakets unter Regie von *Speaker* Dennis Hastert (R-Ill.) und *Minority Leader* Richard Gephardt (D-Mo.) war zunächst an Unstimmigkeiten innerhalb des Congress wie zwischen Congress, Administration und betroffenen Unternehmen gescheitert.

Die Fluggesellschaften, die anfänglich direkte und indirekte Hilfen in einem Gesamtumfang von 24 Mrd. USD gefordert hatten, schraubten in der Folge ihre Ansprüche auf 17,5 Mrd. USD zurück. Die Administration gab im Zuge der Verhandlungen vor allem ihren Widerstand gegen Kreditgarantien auf. Die von Seiten der Demokraten und der Gewerkschaften vorgeschlagenen Hilfen für die bis zu 100.000 entlassenen Mitarbeiter der Fluggesellschaften wurden vorerst ausgeklammert.

Präsident Bush kündigte zusätzlich zu den beschlossenen Maßnahmen an, 3 Mrd. USD der vom Congress bewilligten Krisenhilfe von 40 Mrd. USD (siehe Punkt 1) für die Finanzierung für die Verbesserung von Sicherheitsvorkehrungen im Flugverkehr zur Verfügung zu stellen.

Die in Aussicht gestellten direkten und indirekten Subventionen und flankierenden rechtlichen Absicherungen können nach Einschätzungen von Industriebeobachtern die Situation jedoch bestenfalls bis zum Jahresende stabilisieren. Die Flugverkehrsbranche befand sich schon vor der aktuellen Krise in einer angespannten Lage. Der drastische Einbruch des Flugverkehrsaufkommens und die erhöhten Kosten für Sicherheitsvorkehrungen, Versicherungsabdeckung und Treibstoff lassen erwarten, dass eine durchgreifende Umstrukturierung der Branche bevorsteht.

4. Wende in der Haushalts- und Steuerpolitik

Die Terror-Anschläge in New York City und Washington, D.C. haben vor dem Hintergrund des ohnehin schwachen Wirtschaftswachstums in den letzten Monaten eine abrupte Wende in der Haushalts- und Steuerpolitik der beiden Parteien ausgelöst.

Anfang September 2001 hatte sich die Diskussion zwischen Präsident und Congress wie zwischen den Parteien noch auf die Sicherung der Einnahmeüberschüsse aus den Sozialversicherungen (OASDI, Medicare) konzentriert. Im Zentrum stand dabei die Frage, ob und inwieweit die Überschüsse der Rentenversicherung angesichts der

Steuersenkungen (vgl. CR 6-7/2001, S. 3) und der aufgrund der nachlassenden Konjunktur geringer als erwartet ausfallenden Steuereinnahmen zur Deckung der laufenden Ausgaben herangezogen werden dürften und müssten.

Das *Congressional Budget Office (CBO)*, das fiskalpolitische Beratungsorgan des Congress, hat mit neuen, drastisch korrigierten Projektionen zur Haushaltsentwicklung diese Diskussion noch verschärft. Der Anfang September vorgelegte Bericht schätzt in Folge von Mehrbelastungen wie Steuersenkungen und Steuermindereinnahmen

- die Budgetüberschüsse für das Haushaltsjahr 2001 auf nur noch 153 Mrd. USD, 122 Mrd. weniger als in den im Mai veröffentlichten Prognosen erwartet.

Unter Ausklammerung der Überschüsse der Rentenversicherung ergibt sich nach Angaben des CBO sogar ein Defizit von 9 Mrd. USD für den Bundeshaushalt. Die aus den Reaktionen auf die Terroranschläge resultierenden Kosten und wirtschaftlichen Konsequenzen sind dabei noch nicht eingerechnet.

Die Administration hatte zunächst an den optimistischeren Prognosen des *Office of Management and Budget (OMB)*, des Haushaltsplanungsbüros der Regierung, festgehalten und die von Präsident Bush im Kompromiss mit dem Congress beschlossenen Steuersenkungen unter Verweis auf die aktuelle Wirtschaftslage verteidigt. Anfang September einigte sich Präsident Bush jedoch mit *Senate Majority Leader Tom Daschle (D-S.D.)* prinzipiell darauf, die Einnahmeüberschüsse der Rentenversicherung nicht zur Haushaltsdeckung heranzuziehen, während die republikanischen Fraktionen im Congress offen über zusätzliche Steuersenkungen zugunsten von Unternehmen nachdachten.

Die bereits beschlossenen sowie die noch zu erwartenden Mehrausgaben (siehe Punkt 1 und 3) des Bundes und die befürchtete weitere Verschlechterung der Wirtschaftskonjunktur in Folge der Anschläge konfrontieren nun die Haushalts- und Steuerpolitik mit dramatisch veränderten Rahmenvorgaben für die Debatte um die Prioritäten. Obwohl sich gegenwärtig der Bundeshaushalt in einer robusten Verfassung zeigt, die es erlaubt zusätzliche Aufgaben ohne einen unmittelbaren Anstieg der Verschuldung zu übernehmen, könnten die Grenzen der fiskalischen Leistungsfähigkeit schnell erreicht werden.

Das Ziel, die Rentenüberschüsse ausschließlich zur Tilgung der Bundesschulden zu verwenden, ist zwar bisher nicht grundsätzlich aufgegeben, aber im Einvernehmen der Parteien vorläufig suspendiert worden. Über zusätzliche Ausgaben für die Streitkräfte, Sicherheitsdienste, Polizei und Justiz sowie zur Bewältigung der wirtschaftlichen Konsequenzen zeichnet sich ebenso ein zwischenparteilicher Konsens ab. Über die konkreten Hilfsmaßnahmen für betroffene Wirtschaftszweige hinaus diskutieren Administration und Congress insbesondere über eine erneute Steuersenkung zur Stärkung der angeschlagenen Konjunktur.

Neben der von republikanischen Congress-Mitgliedern favorisierten Senkung der Kapitalertragssteuer und einer Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen werden von der Administration die von demokratischer Seite vorgeschlagenen Steuererleichterungen zugunsten der unteren und mittleren Einkommensgruppen als mögliche Mittel zur Konjunkturstabilisierung in Betracht

gezogen. Dies könnte vor allem über eine Absenkung der steuerlich regressiv wirkenden Sozialabgaben (*payroll taxes*) erreicht werden.

Wirtschaftsexperten wie der Chef der Notenbank (*Federal Reserve*) Alan Greenspan haben Regierung und Congress vor überhasteten Reaktionen auf die in ihrem Ausmaß bisher kaum abschätzbaren Auswirkungen der Terrorangriffe auf die Wirtschaft gewarnt.

Dennoch stehen die Initiativen der Administration wie der Parteien im Congress vor allem in der Bildungs- und Sozialpolitik vor einer ungewissen Zukunft. Auch die Finanzierung zwischenparteilicher Kompromisse und wechselseitiger Zugeständnisse in anderen Politikbereichen steht mittel- bis langfristig vor veränderten Ausgangsbedingungen. Die absehbare Verschärfung der Konkurrenz um die verknüpften Finanzmittel lässt ein Wiederaufflammen parteipolitischer Auseinandersetzungen ebenso unausweichlich erscheinen wie eine Neubestimmung des Kurses der Bundespolitik.

5. Demokraten wollen bei Raketenabwehr einlenken

Nachdem sich die Demokraten im Streitkräfteausschuss des Senats Anfang September 2001 im Rahmen der Verabschiedung des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes (Defense Authorization) 2002 zunächst dafür ausgesprochen hatten

- die Mittelzuweisung für Raketenabwehrtests, die gegen den ABM-Raketenabwehrvertrag verstoßen (vgl. CR 8/2001, S. 9), zu blockieren,

wollen sie nun ihre Position offensichtlich revidieren, um sich nicht dem Vorwurf des parteipolitischen Gezänks und der Illoyalität gegenüber dem Präsidenten auszusetzen.

„Wir brauchen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Debatte über die Raketenabwehr“ verlautete es zur Begründung aus dem Büro von *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.). Der unverhüllte Verweis auf den überparteilichen Sog im Congress nach den Terroranschlägen auf New York City und Washington, D.C. (vgl. Punkt 1) macht deutlich, wie schwer es die Kritiker der Raketenabwehrpläne Präsident Bushs im Congress nun zunächst haben dürften.

Die Bush-Administration hält den ABM-Vertrag aus dem Jahr 1972 für nicht mehr „zeitgemäß“ und möchte baldmöglichst ein Raketenabwehrsystem stationieren. Für

das kommende Haushaltsjahr 2002 hat sie Mittelzuweisungen für die Raketenabwehr in Höhe von 8,3 Mrd. USD angefordert. Das sind 57 Prozent mehr als vom Congress für das laufende Haushaltsjahr bewilligt worden sind.

Umstritten ist bisher vor allem die Mittelbewilligung für den Bau und die Stationierung eines Testsystems (ABM-Abschussvorrichtungen, Abfangflugkörper plus Radarkomponenten) in Alaska, weil es perspektivisch mit den Bestimmungen des ABM-Vertrages kollidiert.

6. Senator Helms tritt nicht wieder an

Senator Jesse Helms (R-N.C.), der konservative frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, hat Ende August 2001 erklärt, dass er im Januar 2003 nach 30-jähriger politischer Tätigkeit aus dem Amt scheiden will.

Der 79-jährige, den seit längerem gesundheitliche Probleme plagen, gehört zu jener Gruppe rechtskonservativer Republikaner im Senat, die ein größtmögliches Maß an Handlungsfreiheit und strategischer Unabhängigkeit in der US-Außenpolitik verfechten: Die USA sollen international führen, allerdings nicht im multilateralen Rahmen, sondern unilateral und auf der Basis überlegener militärischer Stärke.

Entsprechend ablehnend hat sich Helms immer wieder gegenüber der Rüstungskontrolle und Abrüstung geäußert. Zu Zeiten des Ost-West-Konflikts war er ein erbitterter Gegner von Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion. Nach dem Ende des Sowjetregimes profilierte er sich als einer der schärfsten Gegner von Präsident Clintons Außenpolitik. Immer wieder nutzte er seine Stellung als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses (1995-2001) dazu, um Kurskorrekturen in der amerikanischen Weltpolitik durchzusetzen, sei es mit Blick auf

- die amerikanische Beteiligung an Friedenssicherungsmaßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen,
- die amerikanischen Finanzbeiträge zur Weltorganisation;
- die Reorganisation des außenpolitischen Apparats;
- Sanktionsmaßnahmen gegenüber sogenannten Schurkenstaaten;
- die Stationierung eines Raketenabwehrsystems oder
- die Ablehnung von Abrüstungsverträgen wie dem umfassenden nuklearen Teststoppvertrag (CTBT).

Von den Medien als „Senator No“ titulierte, weil er als Druckmittel für seine politischen Forderungen häufig die Blockade der Ernennung von Botschaftern oder der Ratifikation internationaler Verträge wählte, gilt Helms als außerordentlich einflussreicher Anwalt eines ungeschminkten amerikanischen Unilateralismus in der internationalen Politik.

7. Senat bestätigt neuen UN Botschafter und Generalstabschef

Der Senat hat am 14. September 2001 die von Präsident George Bush vorgeschlagenen Kandidaten für die Ämter des UN-Botschafters, John D. Negroponte, und des Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff, Luftwaffengeneral Richard Myers, bestätigt. Die Kammer akzeptierte in nicht-namentlicher Abstimmung die Nominierungen beider Kandidaten ohne Gegenstimmen. Zuvor hatten das *Foreign Relations Committee* und das *Armed Services Committee* des Senats die Ernennung von Negroponte und Myers empfohlen.

Negroponte wurde in der vorhergehenden Anhörung im Auswärtigen Ausschuss insbesondere befragt, ob er als US-Botschafter in Honduras zwischen 1981 und 1985 mit Rücksicht auf die Mittelamerika-Politik der Reagan-Administration über Menschenrechtsverletzungen unzureichend und nachlässig berichtet habe.

General Myers musste im Streitkräfteausschuss unter anderem zur Reaktionsbereitschaft der Luftwaffe im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in New York City und Washington, D.C. Stellung nehmen. Myers nannte als einen wichtigen Grund für die als zu langsam empfundene Reaktion der Luftwaffe, dass die Zahl der zur Verfügung stehenden startbereiten Flugzeuge in den letzten Jahren merklich reduziert worden sei.

Die Nominierungen Negropontes und Myers hatten auch im Vorfeld der Anschläge nicht als problematisch gegolten. Dagegen stehen Beratungen über Ernennungsvorschläge, die vor allem von demokratischer Seite auf grundsätzliche Kritik gestoßen sind, noch aus.

Im Vorgriff auf mögliche Kontroversen hat allerdings jetzt schon die Kandidatin für den Vorsitz der *Consumer Product Safety Commission*, Mary Sheila Gall, persönliche Konsequenzen gezogen. Sie hat die Administration am 18. September 2001 gebeten, ihre Nominierung zurückzuziehen. Das *Commerce Committee* des Senats hatte bereits im August mit den Stimmen der demokratischen Mehrheit empfohlen, Galls Ernennung abzulehnen.

Nahezu zeitgleich hat der umstrittene Kandidat für die Leitung Rechtsabteilung der *Environmental Protection Agency* (EPA), Donald Schregardus, erklärt, er stünde nicht weiter zur Verfügung. Schregardus war aufgrund seiner Amtsführung als Leiter der Umweltbehörde des Staates Ohio in die Kritik geraten.